

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł., Danzig 8 Zł., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bis 70 P. B. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 158.

Bromberg, Sonnabend den 13. Juli 1929.

53. Jahrg.

Briands Paneuropa.

Pläne zur Verewigung der französischen Hegemonie.

Der französische Außenminister Briand will in aller nächster Zeit einen feierlichen Appell an die europäischen Völker richten zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa. Briand beabsichtigt, die großen Linien seines Planes in der Septembertagung des Völkerbundes darzulegen und dabei gleichzeitig die Einberufung einer allgemeinen Konferenz der europäischen Staaten für Ende dieses Jahres anzuregen.

„In dem Augenblick, in dem Briand der österreichischen Regierung erklärte“, so schreibt das „Deuvre“, „daß Österreich sich nicht an Deutschland, sondern an Europa anschließen sollte, war sein großes Projekt bereits geboren. Dieses Projekt steht in voller Vollkraft und Harmonie (!) aus den Prinzipien der Locarno-Verträge, aus der Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas und in das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika. Es zielt darauf ab, Europa zunächst wirtschaftlich und dann auch politisch zu föderieren, es dahin zu bringen, daß es sich selbst erkennt. (Bei dieser Selbsterkenntnis würde man nicht so unsittlich handeln und dem deutschen Österreich den Anschluß an das Deutsche Reich verweigern. D. R.) Das sei der alte Traum Briands, den er jetzt in die Tat umsetzen will. Der große Plan, der in langen Überlegungen gereift und dazu bestimmt ist, manche nahen und ferneren Probleme aus der Welt zu schaffen, so namentlich die Anschlussfrage und das Minoritätenproblem („aus der Welt schaffen“), das soll heißen: auf den Friedhof schaffen! D. R.) ist zunächst einer unverbindlichen Besprechung mit den europäischen Mächten unterworfen worden.“ Heute hat Briand eine derart große Zahl von Zustimmungserklärungen von den am Völkerbund interessierten Mächten erhalten — denn es ist klar, daß die Konstruktion der Vereinigten Staaten von Europa sich an die Architektur des Genfer Bundes anlehnen wird —, daß man an einen Erfolg der Anregung Briands auf der Septembertagung in Genf glauben und auf das Zustandekommen der großen europäischen Konferenz, die die Grundlagen für diese Organisation schaffen soll, hoffen kann.“

Stimmen der Berliner Presse.

Berlin, 11. Juli. Die Meldung von der angeblichen Absicht des französischen Außenministers Briand, schon in der nächsten Völkerbundsession mit dem Plan der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa hervorzutreten, hat in der reichsdeutschen Presse zahlreiche Kommentare hervorgerufen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt, daß die letzten Unterredungen Stresemanns mit Briand und Poincaré in Paris zum großen Teil der paneuropäischen Idee gewidmet waren. Das habe dann auch später in der Rede Stresemanns im Reichstage ein Echo gefunden. Es sei verständlich, daß der Appell Briands, auch wenn ihn die schönsten Worte in Genf begleiten werden, von heute auf morgen zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa nicht führen wird. Ebenso wie vor der Bildung des Deutschen Reichs die erste Etappe die Gründung einer deutschen Zoll-Union war, führe der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa durch die europäische Zoll-Union.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vertritt den Standpunkt, daß Briands Plan offenbar den Zweck verfolge, einerseits sein persönliches Prestige als Apostel des Friedens und der Versöhnung, gleichzeitig aber auch die politische Stellung Frankreichs zu stärken. „Denn es unterliegt“, so heißt es in dem Blatt, „keinem Zweifel, daß sich hinter dem Plan Briands sehr konkrete Ziele der Außenpolitik verbergen, die zur Stärkung der Hegemonie Frankreichs in Europa führen sollen. Dieser Plan bedeutet nichts anderes, als die Konzentrierung aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas sowohl gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika als auch gegen das Britische Imperium und Rußland. Der Plan Briands ist im Grunde genommen nur eine neue Form der alten, für Deutschland sehr gefährlichen französischen Politik auf dem Kontinent. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt außerdem fest, daß die nach den Informationen ihres Pariser Korrespondenten geplante Art der Zollunion der einander benachbarten Staaten besonders gefährlich für Deutschland wäre, daß in anbetracht seiner mitteleuropäischen Lage bedeutend mehr Nachbarn habe als Frankreich, das nur an vier Staaten angrenzt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist gleichfalls der Meinung, daß die Verwirklichung des Planes Briands die Durchstreichung aller Hoffnungen Deutschlands bedeuten würde, sich aus dem Joch des Versailler Traktats zu befreien, da seine Forderungen auf Revision der Grenzen und der Frage der nationalen Minderheiten von nun ab dem Argument begegnen würden, daß diese Fragen in dem vereinigten internationalen Organismus Europas jeder Bedeutung entbehren.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß die in Paris weilenden Diplomaten aller Staaten die Verwirklichung des Planes Briands nur dann für möglich halten, wenn die

Gefahr kriegerischer Konflikte wirklich beseitigt wird und wenn die strittigen Fragen in den französisch-deutschen Beziehungen liquidiert werden.

Das Zentrumsorgan, die „Germania“, ist der Ansicht, daß man auf dem Wege wirtschaftlicher Kartelle und gesonderter Pakte wirksamer das Ziel erreichen könnte, dem die paneuropäischen Pläne zustreben, als mit Hilfe solcher Pläne wie sie Briand publiziert, deren Umfang man im gegenwärtigen Augenblick nicht beurteilen kann. Die Chancen des Gelingens des Briandschen Schritts beurteilt das Blatt pessimistisch.

Der Berliner „Vokal-Anzeiger“ Eugenbergs behandelt die Absicht der Einberufung einer paneuropäischen Konferenz ironisch und nennt den Plan des Ministers Briand ein politisches Manöver, durch das die Interessen Frankreichs und der mit ihm verbündeten Staaten sichergestellt werden sollen. Es wäre eine dankbare Lösung der Minderheitenfrage, sagt das Blatt, wenn man einfach erklären würde, daß alle Europäer Brüder sind, die einer Völkergemeinschaft angehören, daß es also von diesem Augenblick an weder Deutsche in Polen, noch Elsässer in Frankreich gibt.

Es hat sich nichts geändert

in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Der Berliner Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ meldet seinem Blatte:

Das Verbleiben des Ministers Dr. Hermes auf dem Posten des Leiters der deutschen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen und die Tatsache, daß er keine neuen Instruktionen erhalten hat, ist ein Beweis dafür, daß die bisherige politische Linie der Deutschen Regierung in den Verhandlungen mit Polen keine Veränderung erfahren wird, was Veranlassung zu der Annahme gibt, daß die Verhandlungen nicht in einem solchen Tempo entwickelt werden, wie es die Deutsche Regierung wünschen möchte. Die deutsch-nationale Presse triumphiert über das Verbleiben von Dr. Hermes auf dem Posten. Offenbar ist die Deutsche Regierung bemüht, die Verhandlungen mit Polen schnell zum Abschluß zu bringen (dann sollte man doch zufrieden sein! D. R.), wahrscheinlich in der Befürchtung, daß die bis jetzt von der Deutschen Regierung geübte Verschleppungstaktik (?? D. R.) nur die Werte des Traktats für Polen verringert hat, daß sich vollkommen von den deutschen Absatzmärkten unabhängig zu machen beginnt, was Deutschland selbst zugibt. (Die letzte Sache eilt den Tatsachen recht behende voraus. Es gibt in Polen eine Handelsbilanz, in der Deutschland sowohl auf der Aktiv- wie auf der Passiv-Seite die erste Stelle einnimmt. Unsere Viehproduktion ist von den deutschen Absatzmärkten ganz und gar nicht unabhängig! D. R.)

Fast die ganze Regierung auf Urlaub.

Aus Anlaß der massenweisen Abreise hervorragender Würdenträger, die ihren Erholungsurlaub angetreten haben, erlaubt sich die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ folgende Bemerkungen: „Es ist nicht gut, wenn zu einer Zeit, da sich der Staatshaushalt in Bearbeitung befindet, fast die ganze Regierung in die Ferien geht. Wenn für verschiedene Staatsbeamte die Vorschrift besteht, daß sie den Urlaub erst genießen könnten, wenn sie auf dem betreffenden Posten eine gewisse Zeitlang gearbeitet haben, so hätte diese Vorschrift eine große Existenzberechtigung auch für die neuen Kabinette.“

Der jüdische „Kafz Przeglad“ fügt von sich aus hinzu: „Zu einer Zeit, da man die ganze Bevölkerung ermuntert, die inländischen Kurorte zu unterstützen, und da man versichert, daß die Ausreisen nach dem Auslande unsere Handelsbilanz schädigen, reisen hervorragende Vertreter des Sanierungslagers demonstrativ in ausländische Bäder.“

Berichtigung.

Unter Berufung auf die Artikel 30 und 33 des Pressegesetzes vom 10. Mai 1927 sendet uns der Starost des Kreises Schubin auf unseren in Nr. 145 vom 27. Juni d. Js. unter der Überschrift „Ein Deutscher darf nicht Schulze werden“ veröffentlichten Artikel folgende Berichtigung (mit der Verpflichtung, sie in polnischer, also für die Mehrzahl unserer Leser nicht lesbare Sprache zu veröffentlichen):

Nie jest prawdą, jakoby p. Rosentreter nie miał żadnych trudności w korespondencji polskiej,

natomiast jest prawdą: że p. Rosentreter w próbie pisma z łatwego zadania o 26-ciu słowach popelniał aż 23 błędy, zaś również łatwy drukowany tekst polski tylko z trudem przeczytał (w biurze Wydziału Powiatowego) i nie umiał go własnymi słowami powtórzyć, oświadczając, że jego nie rozumie.

Nie jest też prawdą, jakoby właściwy wójt miał p. Rosentreterowi oświadczyć, że przeciw jego wyborowi nie mogą istnieć żadne zastrzeżenia,

natomiast jest prawdą: że odnośny wójt oświadczył p. Rosentreterowi, iż nie jest to jego sprawa, lecz starosty.

Der blinde deutsche Säger und die polnische Monopol-Verwaltung.

Wir haben schon oft darüber Klage führen müssen, daß das mit der Monopolwirtschaft bei Tabak und Spiritus im Zusammenhang stehende Konzeptionswesen systematisch zur Polonisierung des dafür in Frage kommenden Kleinhandels benutzt wird. Fast sämtliche deutschen Wirten in Stadt und Land wird der Schankkonsens entzogen und damit zugunsten eines polnischen Nachfolgers die wirtschaftliche Existenz geraubt. Nicht anders steht es mit den Konzeptionen bei dem Kleinverkauf von Tabakwaren. Bei der Neuordnung dieser Lizenzen sollen Militärinvaliden bevorzugt werden; damit ist aber keineswegs gesagt, daß bisher ordnungsmäßig geführt Geschäfte, nur weil sie in deutscher Hand sind, zugunsten eines polnischen Invaliden geschlossen werden können. Die Monopolwirtschaft darf kein Entnationalisierungsinstrument sein; sie soll ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden. Und daß die deutschen Wirte und Tabakhändler nicht gerade die schlechtesten Männer ihres Faches sind, weiß jedes Kind.

Wir haben heute einen Fall zu betrachten, der sich um einen der letzten deutschen Tabakhändler in Bromberg bewegt und ein trauriges Schulbeispiel ist für die christliche Toleranz, die der Deutsche in Polen genießen darf. In einem Holzkiost an der Danziger Straße verkauft seit Jahr und Tag Herr Bernhard Ronowicz, ein Blinder von Geburt, der deutschen Stammes und katholischen Glaubens ist, seine Tabakwaren. Durch eine Entscheidung des Finanzamtes vom 23. März 1929 wurde dem bedauernswerten Mann der Weiterverkauf von Tabakwaren zum 1. Juli 1929 gekündigt. Gegen diese Entscheidung wurde fristgemäß am 10. April 1929 ein Einspruch an das Finanzamt für staatliche Afzisen und Monopole in Posen eingelegt. Weil dieser Einspruch die äußerst interessanten Gründe der sensationellen Kündigung wiedergibt, wollen wir ihn nachstehend in deutscher Übersetzung wiedergeben:

Un das Finanzamt für Staatliche Afzisen und Monopole in Posen.

Gegen die Entscheidung des Finanzamtes für Staatliche Afzisen und Monopole vom 23. 3. d. z. 3789/29, mir zugestellt am 29. 3. 29, lege ich hierdurch Einspruch ein. Ich bin mir nicht bewußt, daß ich Fehler begangen hätte, welche die Entziehung der Konzession rechtfertigen. Die Führung der Bücher hat bei der Kontrolle niemals eine Beanstandung ergeben, was die Bücher ausweisen. Ich kann nur annehmen, daß besondere Umstände zu der Entziehung der Konzession geführt haben. Am 10. 10. 28 fragte mich der Beamte Kubica nach Prüfung der Bücher, wo ich in der Zeit vom 17. 7. — 5. 8. 28 gewesen sei. Ich antwortete, daß ich, wie bekannt, an dem 10. Deutschen Bundessingen in Wien teilgenommen habe. Auf die Frage des Herrn Kubica, ob ich auch am Festzug teilgenommen hätte, bejahte ich dies mit dem Hinweis, daß die Teilnahme an dem Festzug, wenn man einmal zu diesem bedeutenden Festzuge fahre, doch selbstverständlich sei. Herr Kubica hat mir dann vorgehalten, daß ich durch das Entgegenkommen des Finanzamtes seltene Einnahmen aus dem Monopol habe und daß ich dieses Entgegenkommen durch die Teilnahme an dem Wiener Bundesfestzug mit undank gelohnt hätte; denn es sei auf dem Bundesfestzug Propaganda für den Anschluß Österreichs an Deutschland gemacht worden. Ich habe darauf erklärt, was auch den Tatsachen entspricht, daß ich lediglich des Gesanges wegen nach Wien gefahren sei und daß mir von einer solchen Anschlusspropaganda nichts bekannt geworden sei.

Die Gründe, welche mich veranlaßt haben, nach Wien zu fahren, sind folgende:

Ich bin, wie hier in Bromberg bekannt ist, deutsch erzogen. Es lag infolgedessen nahe, daß ich mich einem deutschen Verein anschloß, um so mehr, als ich erst überhaupt durch einen Verein Abwechslung in das eintönige Leben eines armen Blinden bringen kann, dem billigere Vergnügungen, wie das Kino, versagt sind und der leider für Theater und Konzerte nicht das nötige Geld hat. Auch möchte ich darauf hinweisen, daß Blindenbücher fast gar nicht oder nur sehr schwer gegen hohe Kosten zu erhalten sind. Das Einzige, was mir in meiner traurigen Lage als Blinder übrig bleibt, ist der Gesang. Daß ich ihn in den Kreisen von Leuten pflege, welche dieselbe Erziehung erhalten haben, wie ich selbst, ist wohl ohne weiteres klar. Ich bin seit 18 Jahren Säger, zuerst beim katholischen Gesellenverein und, als dessen Gesangsabteilung einging, beim Männergesangsverein „Kornblume“, dem ich auch schon 10 Jahre angehöre. Wenn ich auf die Mitgliedschaft bei diesen beiden Vereinen verzichte, bin ich überhaupt vollkommen einsam. Ein Blinder kann in seiner traurigen Lage sehr viel schwerer Anschluß finden, als ein gesunder Mensch. Er hält infolgedessen an den wenigen Bekannten, die er hat, um so mehr fest, als ihm ja auch jede körperliche Betätigung infolge seines Leidens versagt ist. Es ist also bei mir, als einem Blinden, ganz ohne weiteres verständlich, daß ich an meinem deutschen Verein festhalte. Jede politische Betätigung hat mir jederzeit fern gelegen, was alle diejenigen bezeugen können, die mich kennen. Für mich bedeutet die große Veranstaltung eines Bundesfestzuges, wie es das vorjährige Wiener Fest gewesen ist, unendlich viel mehr, als für einen gesunden Menschen, der alle schönen

Eindrücke um sich herum aufnehmen kann. Daß ich den lebhaftesten Wunsch gehabt habe, an diesem Fest teilzunehmen, ist daher gerade bei mir ohne weiteres verständlich, und ich danke es meinen Vereinskollegen, daß sie mich mitgenommen haben. Soll ein armer Blinder denn dazu verurteilt sein, daß er auf jegliche Schönheit des menschlichen Lebens verzichtet?

Ich bitte auch zu bedenken, daß ich durch die Entziehung der Konzession viel härter getroffen bin als jeder andere. Ein Blinder kann sich nur auf diese Weise ernähren. Wenn ich auch zu leben gehabt habe, so war es mir, wie leicht erklärlich, nicht vergönnt, irgend welches Kapital anzusammeln, das mir erlauben würde, einen anderen Handel anzufangen, abgesehen davon, daß die wenigen Kleinhandelszweige, die mir, als Blindem, offen stehen, an sich schon außerordentlich überfüllt sind. Wird mir die Konzession entzogen, so gehe ich der völligen Verelendung entgegen. Ich bitte daher herzlich und bringend, die Entscheidung vom 23. 3. aufzuheben und mir die Konzession weiter zu belassen. Wenn irgendwo, so sollte doch die Behörde bei einem Blinden Menschen Entgegenkommen zeigen, der sich in einer viel schwierigeren Lage befindet wie die meisten Kriegsinvaliden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bernhard Konowicz.

Gibt es Menschen, die ein solches Gesuch ablehnend beantworten können? Jamohl, es gibt solche Menschen! Wie wir zu unserem Bedauern mitteilen müssen, hat das Posener Finanzamt tatsächlich den Mut gehabt, die vorstehende Beschwerde des Blinden Konowicz als unbegründet abzulehnen. Dem Domherrn Klinka, der sich mündlich nach dem Fortgang der Sache erkundigt hatte, wurde mitgeteilt, Konowicz könne ja auch andere Artikel als Tabakwaren verkaufen. Die deutschen Abgeordneten haben daraufhin eine entschiedene Weiterverfolgung dieses unglaublichen Falles in Aussicht gestellt. Der Abg. Graebe hat sich bereits am 19. Juni schriftlich an den Herrn Finanzminister in dieser Angelegenheit gewandt; er ist jedoch bis heute ohne Antwort geblieben.

Die Moral dieser Geschichte, die den Himmel schreit, soll kurz in folgenden Sätzen zusammengefaßt werden:

Ein blinder Mann, dem Gott als einzige Freude seines Lebens die Liebe zum Gesang gegeben hat, soll wegen der Teilnahme am deutschen Sängerkfest in Wien seine wirtschaftliche Existenz auf seiner heimatischen Erde verlieren. Man macht ihm zum Vorwurf, daß auf jenem deutschen Sängerkfest Propaganda für den großen deutschen Gedanken, d. h. Propaganda für den Anschluß Österreichs an Deutschland getrieben worden sei. Glaubt jemand, daß ausgerechnet der blinde Sänger aus Bromberg diese Propaganda in Szene setzte? Und was geht überhaupt die Monopolbehörde das deutsche Sängerkfest und der großdeutsche Gedanke an? Den Loyalitätsschnüfflern sei gesagt, daß sie gerade bei einem Sänger trotz bester Bemühungen keine Belastungsmomente entdecken werden. „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen kennen keine Lieder“, — heißt ein alter deutscher Spruch. Was aber die große deutsche Frage anbelangt, für deren Beurteilung die für Tabak und Spirit sehr sachverständigen Herren der Monopolverwaltung nicht gerade zu tündig sind, so sollte man zur Kennzeichnung ihrer Bedeutung für Polen als Sachverständige den ungekrönten König der Nationaldemokraten, Herrn Roman Dmowski, verhören. Bekanntlich hat sich dieser politisch gewiß nicht unbegabte Herr des polnischen Reiches ganz offen für den Anschluß Österreichs an Deutschland ausgesprochen, wenn auch aus anderen Gründen, als sie dem großdeutschen Volksempfinden in Berlin und Wien zugrunde liegen. Roman Dmowski bezeichnete den Anschluß Österreichs an Deutschland als eine Sicherung für die westpolnischen Grenzen. Im tiefsten Kämmerlein seines Herzens (er sprach das freilich nicht aus) wird Herr Dmowski gewiß auch als Führer einer siegreichen polnischen Irredenta soviel moralische Einfühlungsgabe aufgebracht haben, daß er das unbefreitbare Anrecht des rein deutschen Österreichs auf seinen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich anerkennen mußte.

Weil also ein blinder unpolitischer Mann blind und unwissend mit seinen Sangesfreunden in einen Umzug geriet, der daselbe Begehren aussprach, wie der gefeierte Führer der Nationaldemokratie, deshalb soll er keine Zigarren und Zigaretten mehr verkaufen dürfen. Wir fragen noch einmal: Was hat sich in aller Welt die Monopolbehörde mit der großen Politik zu beschäftigen? Aus solchen unpolitischen Mißgriffen können leicht Folgen entstehen, die der großen Politik der polnischen Republik nicht erwünscht sein dürften. Es wäre besser, die Monopolverwaltung kümmerte sich mehr um die Güte der zum Verkauf gelangenden Tabakwaren, als um die Donaufahrt eines blinden deutschen Sängers, der diese Waren zum Verkauf feilhält.

Die polnische Presse aber bitten wir, uns auf diese Beschwerde eine stichfeste Antwort zu geben, damit wir und nicht nur wir allein Bescheid wissen über den Geist, der die von uns geachtete polnische Volksgemeinschaft regiert. Wird auch jetzt eine Stellungnahme ängstlich vermieden, wie das bei ähnlichen peinlichen Vorfällen sozusagen lägeüblich ist, so soll uns auch dieses Schweigen als berechtigte Erklärung dienen.

„Mit Hundem geheht . . .“

Polnischer Überfall auf einen Danziger Reisenden.

Wie das „Pommereller Tagebl.“ berichtet, kam Sonntag ein Danziger Reisender in das Dorf Kelpin bei Karthaus und bot religiöse Bücher (auch in polnischer Sprache) zum Verkauf an. Als der Mann in ein Haus kam, um die Bücher abzusetzen, wurde er, wahrscheinlich weil er deutsch sprach, von Polen überfallen und mit Fäusten, Ringen und Zaunlaten geschlagen und mit Hundem geheht, so daß er blutüberströmt und mit zerrissenen Kleidern in das Haus des deutschen Tischlers Knorr flüchtete. Erst auf dessen energisches Einschreiten gab die wütende Menschenmenge den jungen Mann solange frei, daß er sich wenigstens das Blut abwischen konnte. Alsdann warf man ihn zu Boden, fesselte ihn und

schleppte ihn so zum katholischen Ortspfarrer, der seine Papiere prüfte und ihn dann gehen ließ.

Am Nachmittag bedrohten polnische Frauen sogar den Deutschen Knorr und wollten ihn auch verprügeln, weil er den „Miemiec“ in Schutz genommen hatte.

Wenn der analoge Fall in Deutschland passierte, d. h. wenn ein polnischer Reisender einer derartigen Lynchjustiz verfiel, was erlebten wir dann in Polen für einen Doppel-Kummel?! Der Deutsche ist solche Zwischenfälle allmählich gewohnt, aber er macht sich doch seine Gedanken darüber. Gedanken, die in das hier und da recht schadhafte Mauerwerk der „Schutzmauer des Christentums“ hineinwachsen, wie grüner Kletterwein. (Um im Vergleich des Grafen Bünzliff bei seiner stolzen Rede zum Versailles-Jubiläum zu bleiben!)

Freigelassen.

Wie die „Post. Btg.“ erzählt, ist der am vorigen Sonntag wegen Photographierens auf einem Kriegerfriedhof verhaftete Oberbauatrendt aus Gelsenkirchen am Mittwochabend wieder freigelassen worden. Er hat sich sofort auf die Heimreise nach Deutschland begeben.

Unnötige Angst.

In seinem gestrigen Leitartikel (Nr. 316 vom 11. Juli) beschäftigt sich der „Kurjer Poczanski“ mit der internationalen Lage unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden großen politischen Konferenz und ergeht sich im Zusammenhang damit in Betrachtungen darüber, wie diese Lage sich auf Polen auswirken könnte.

„Ein jeder wird“, so heißt es im „Kurjer“, „verstehen, welche Sicherheitsgarantie für uns die Besetzung des Rheinlandes bedeutet. (O nein, das wird sicherlich nicht „ein jeder“ verstehen. D. R.) Indessen wird, wie aus dem halbamtlichen französischen Communiqué und aus dem Leitartikel des „Temps“ hervorgeht, Polen zusammen mit den Staaten der Kleinen Entente nur zu dem Teil der Konferenz eingeladen werden, in dem man sich mit dem Inkrafttreten des Youngplanes beschäftigen wird. Nicht anwesend werden wir dagegen bei der Behandlung politischer Fragen und besonders des Rheinlandes sein, da wir, wie der „Temps“ zu verstehen gibt, daran nicht interessiert seien. Wir müssen leider feststellen, daß die Aktion des Ministers Zaleski, Polen in die Verhandlungen über die Rheinlandfrage mit einzubeziehen, ein vollkommenes Fiasko erlitten hat, und daß wir im Augenblick, da grundsätzliche politische Fragen zur Sprache gelangen werden, von denen das künftige Schicksal Europas und besonders Polens abhängen wird, das in seinem empfindlichsten Teile gelegen ist, nicht zugegen sein werden. Nicht so stellen wir uns die Großmachtspolitik vor, von der man in der letzten Zeit soviel hörte. Bezeichnend ist es dabei, daß in einer Zeit, da Probleme zur Erörterung gelangen, die die ganze Welt angehen und die Leidenschaften der ganzen Welt entfesseln, der polnische Ministerpräsident und eine Reihe seiner Kollegen mitsamt dem Außenminister in aller Gemütsruhe in die Ferien nach prachtvollen ausländischen Ortschaften abgereist sind.“

Empörung in Budapest über die tschechoslowakische Note.

Budapest, 11. Juli. (P.M.) Politische ungarische Kreise haben die Beweisführung der Note der Tschechoslowakei in der Frage des Zwischenfalls in Hida Reneti und besonders die Forderung, eine Genugtuung zu leisten, mit Staunen ausgenommen und beurteilen die Note als ungewöhnlich aggressiv. Der Gesichtspunkt der tschechischen Regierung ist nach Ansicht dieser Kreise um so erstaunlicher, als sogar die Konvention, die nach der Meinung der Regierung der Tschechoslowakei verletzt worden sein soll, im Paragraphen 29 ausdrücklich feststellt, daß Staatsbeamte, die auf den gemeinsamen Grenzbahnhöfen tätig sind, den Polizeibestimmungen und Strafgesetzen des Staates unterliegen, auf dessen Gebiet der gemeinsame Bahnhof liegt. Die tschechoslowakische Regierung hat zweifellos diese Klausel der Konvention vergessen, wenn sie die Straflosigkeit wegen der Überschreitung der Strafbestimmungen fordert. Dies steht auch im Widerspruch mit den allgemeinen Normen des internationalen Rechts über Beamte, die auf das Gebiet eines fremden Staates delegiert wurden. Sollte die Interpretation, der die tschechoslowakische Note Ausdruck gibt, richtig sein, so würde dies bedeuten, daß die auf das Gebiet eines fremden Staates delegierten Eisenbahner das Privileg besitzen würden, ohne sich Gesetzen anzufügen, eine Spionageaktion zu führen oder auf eine andere Weise die Interessen des Staates zu schädigen, auf dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Da der tschechische Beamte Pech auf frischer Tat ertappt wurde, und sich dazu bekannt hat, Spionage getrieben zu haben, so müssen die in der Note der Tschechoslowakei aufgestellten Forderungen als empörend angesehen werden. In politischen Kreisen herrscht daher die Überzeugung, daß sich die ungarische Regierung kategorisch dem erwähnten Gesichtspunkt widersetzen wird.

Ein Geschenk an die Niederlande.

Das Deutsche Reich hat das Schloß Sieg an der Lahn, die Stammburg des Königs Hauses Oranien-Nassau, dem niederländischen Staat aus Anerkennung für die während der Kriegs- und Nachkriegszeit in den Niederlanden organisierte deutsche Kinderhilfe zum Geschenk gemacht. Die Schenkung wird von der niederländischen Bevölkerung als hochherzige Spende der Dankbarkeit empfunden. Schloß Sieg wird als Erholungsheim für die niederländische Kinderhilfe eingerichtet werden. Das deutsch-niederländische Komitee, das die Geldmittel aufbringen wird, soll in nächster Zeit gebildet werden.

Deutsches Reich.

Die Preussische Regierung behauptet sich.

Berlin, 12. Juli. (P.M.) Der Preussische Landtag lehnte in seiner gestrigen Sitzung mit 214 Stimmen der Regierungsparteien gegen 187 Stimmen die Anträge der Opposition, der Regierung das Mißtrauensvotum auszusprechen, ab. Abgelehnt wurden auch die beiden Anträge der Oppositionsparteien auf ein Mißtrauensvotum für den preussischen Kultusminister Dr. Becker, sowie für den preussischen Innenminister Grzesinski.

Die Femeprozeße nehmen kein Ende.

Die Staatsanwaltschaft Schwerin teilt mit, daß der Oberleutnant a. D. Edermann aus Guatemala in Deutschland eingetroffen ist und am Sonntag dem Schweriner Untersuchungsgefängnis zugeführt wurde.

Oberleutnant Edermann wurde als Anstifter des seinerzeit zum Tode verurteilten „Fememörders“ Boldt gesucht. Er hatte sich seiner Verhaftung durch die Flucht nach Mittelamerika entzogen. Dem Auswärtigen Amt ist es nun gelungen, die Auslieferung nach Deutschland durchzusetzen. Der Oberstaatsanwalt teilt weiter mit, daß auf Grund der mecklenburgischen Landesverfassung die Möglichkeit besteht, das gegen Edermann schwebende Verfahren wegen Anstiftung zum Fememord auf dem Gnadenwege niederzuschlagen.

Rechtsregierung in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 11. Juli. In der gestrigen ersten Vollstimmung des Mecklenburg-Schweriner Landtages wurde der Spitzenkandidat der Nationalen Arbeitsgemeinschaft, Landwirtschaftskammerpräsident Eschenburg, mit 26 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Der frühere Ministerpräsident Schröder (Soz.) erhielt 22 Stimmen, drei Stimmzettel waren ungültig. Zu Staatsministern wurden Ministerialrat Haack (Finanz- und Unterrichtsministerium) und Ministerialdirektor Dr. Schlesinger (Justiz- und Ministerium des Innern) mit je 26 Stimmen gewählt. Aus Ersparnisgründen und auf Grund praktischer Erwägungen hat man dem Ministerpräsidenten keine parlamentarischen Minister, sondern Sachminister zur Seite gestellt. Für die neue Regierung haben außer der rechtsgerichteten Einheitsliste die Nationalsozialisten und die Bauernbündler gestimmt. Nach Eröffnung der Sitzung wurde noch ein Schreiben verlesen, wonach die unter dem Namen Einheitsliste nationaler Mecklenburger bekanntgewordene Wahlverbindung sich zu einer Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger zusammengeschlossen hat.

Kommunistischer Überfall.

Im Dorfe Schwante bei Kremmen in der Mark wurde nachts eine Gruppe von Stahlhelmern von Kommunisten überfallen. Dabei wurde der Gutbesitzer von Bülow, der Sohn des früheren Kommandeurs des 3. Armee Korps, General von Bülow, durch Messerzüge und Stockschläge schwer verletzt.

Aus anderen Ländern.

Prinzessin Peter von Montenegro, die Tochter eines Londoner Schutzmannes.

Die Prinzessin Peter von Montenegro, die durch ihre Heirat mit dem Prinzen Peter von Montenegro mit einer Reihe von Fürstenhäusern in Europa verwandt und die Schwägerin der Königin von Italien geworden ist, ist die Tochter eines früheren Londoner Polizisten namens Wegener. Vor ihrer Ehe hat die Prinzessin als Tänzerin mit ihrer Mutter den europäischen Kontinent bereist. Im Jahre 1924 wurde sie in Paris mit dem Fürsten getraut und nur der engste Familienkreis wußte, daß die Prinzessin die Tochter eines Londoner Schutzmannes ist.

Verurteilung des blinden Passagiers vom „Graf Zeppelin“.

Zu einer Geldstrafe von 1097 Dollar wurde der blinde Passagier der Zeppelinfahrt von Lakehurst nach Friedrichshafen, Clarence Terhune, vom Gericht in St. Louis wegen Überschreitung der Passhöhe verurteilt. Es wurde verfügt, daß diese Strafe aus den 5400 Dollar zu zahlen sei, die sich Terhune durch verschiedene Verträge über Aufstehen in Theatern verdient hat. Während der Gerichtsverhandlung bemerkte der Vorsitzende: „Wenn irgendein kräftiger Deutscher den Clarence über das Knie genommen und ihn tüchtig verhauen hätte, wäre er besser daran.“

Das Echo der Schüsse auf Waldemaras.

Kowno, 11. Juli. Vor dem Kriegsgericht hatten sich vier Studenten wegen Teilnahme an dem Attentat auf Waldemaras zu verantworten. Das Urteil lautete gegen einen Studenten auf fruchtlose Zwangsarbeit, gegen einen anderen auf 12 Jahre und gegen die übrigen zwei auf je vier Jahre Zuchthaus.

Ein Gesandter — Kokainhändler.

Paris, 11. Juli. Eine große Sensation rief hier die Entdeckung und Beschlagnahme einer größeren an den afghanischen Gesandten in Paris adressierten Kokain-Sendung hervor. Die Sendung stellt einen Wert von einer Million Franken dar. Der Gesandte ist ein persönlicher Freund des Königs Amanullah. Wie die Blätter melden, hatte die Polizei schon seit längerer Zeit die Überzeugung gewonnen, daß sich der afghanische Gesandte berufsmäßig mit Kokainhandel beschäftigt. Die Angelegenheit wird im Völkerbund ihren Widerhall finden.

Die japanische Regierung ohne Mehrheit.

London, 11. Juli. Aus Tokio wird gemeldet, daß nach der Fusion der konservativen Partei und der Partei des sogenannten Shinto Club Seiyuhonjo die Opposition gegen die neu ernannte japanische Regierung über 261 gegen 170 Stimmen der Regierung unterstützenden Liberalen Partei verfügt. In politischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Regierung unter solchen Bedingungen nicht werden arbeiten können, und daß man in den nächsten Tagen mit der Auflösung des Parlaments und der Ausschreibung von Neuwahlen rechnen müsse.

Für die schlanke Linie, bei Magen- und Darmstörungen, Erkrankungen des Herzens, der Blutgefäße, Nerven, des Stoffwechsels und der Beckenorgane der Frauen.

Kissingen Rakoczy

Haus-Kuren!
In Apotheken und Drogerien.
Broschüren gratis.
Michael Kandel
Poznan, Mazatlan u. f.

